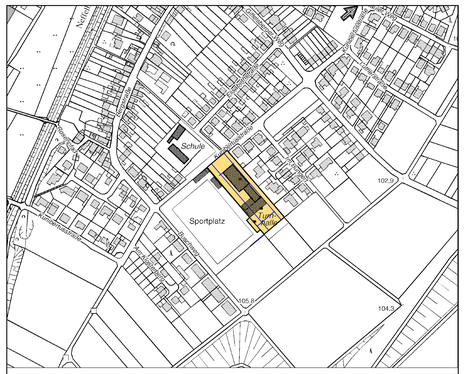

ÜBERSICHTKARTE

Plangrundlage

* ***Unzutreffendes streichen***

Die vorliegende Plangrundlage ist z.T. eine Abzeichnung – Vergrößerung der Katasterflurkarte.

Die Flurkarte ist entstanden im Jahre .....
im Maßstab ..... durch .....
Uraufnahme – vereinfachte – Teil – Neuvermessung.

Die Plangrundlage enthält außerdem die Ergebnisse von Ergänzungsvermessungen (z.B. Gebäude).

Die vorliegende Plangrundlage wurde z.T. – neu kartiert, nach einwandfreien Forff. – Vermessungen (Nr.55 FA II) – nach einer Teilneuvermessung und unter Verwendung von Forff. – Vermessungen (vereinfachte Neuvermessung) – nach einer Neuvermessung gem. Erg. – Best. und Vermessungspunktanweisung.

Die Darstellung entspricht dem Zustand vom .....

.....
Ö.b.Verm.

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.9.2004 (BGBl. I. S. 2414) zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585).

Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. d. Bek. v. 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Bereitstellung von Wohnbauland vom 22.04.1993. (BGBl. I S. 466).

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 – PlanzV 90) vom 18.12.1990, (BGBl. I 1991, S. 58).

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – Landesbauordnung – (BauO NW) v. 01.03.2000 (GVBl. 2000, S. 256) letzte Änderung vom 13.03.2007 (GV. NRW.S.133).

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) i.d.F. der Bek. v. 25.03.2002 (BGBl. I S. 1193), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes v. 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542).

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i.d.F. der Bek. v. 25.06.2005(BGBl. I S. 1757, 2797), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes v. 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316).

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) i.d.F. d. Bek. v. 14.07.1994 (GV NW S. 666), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 24.06.2008 (GV. NRW. S.514).

Ausfertigung

Dieser Plan ist die Ausfertigung, die der Rat der Stadt Kerpen in seiner Sitzung vom **17.05.2011** gem. § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen hat.

.....
Bürgermeisterin

Verfahren

Dieser Plan stimmt mit dem Urkundsplan und den darauf verzeichneten Vermerken überein. Dieser Plan ist Urkundsplan.

Kerpen, den **14.06.2011**

.....
Bürgermeisterin

Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 (1) des BauGB am **12.01.2011** ortsüblich bekannt gemacht worden.

Kerpen, den **14.06.2011**

.....
Bürgermeisterin

Eine erneute Offenlage gem. § 4a (3) Satz 3 BauGB i.V.m. § 3 (2) BauGB, zu den Änderungen bzw. Ergänzungen nach der öffentlichen Auslegung erfolgte vom ..... bis .....

Ort und Dauer der erneuten Auslegung wurden am ..... gem. § 3 (2) BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Kerpen, den .....

.....
Bürgermeisterin

*
Dieser Bebauungsplan wurde entworfen und angefertigt vom Amt 16 „Planen, Bauen, Wohnen und Umweltschutz", Abteilung 16.1 „Stadtplanung" der Stadt Kerpen.

Kerpen, den **14.06.2011**

.....
Bürgermeisterin

*
Die Unterrichtung der Bürger sowie die ~~Erörterung gem. § 3 (1) BauGB hat in der Zeit vom ..... bis .....~~ stattgefunden.

Gem. Beschluss des Rates der Stadt Kerpen vom **21.12.2010** wurde gem. § 3 (1) Nr. 1, 2 BauGB von der Unterrichtung und Erörterung gem. § 3 (1) BauGB abgesehen.

Kerpen, den **14.06.2011**

.....
Bürgermeisterin

Dieser Plan ist gem. § 10 (1) BauGB vom Rat der Stadt Kerpen am **17.05.2011** als Satzung beschlossen worden.

Kerpen, den **14.06.2011**

.....
Bürgermeisterin

Dieser Bebauungsplan wurde unter Mitwirkung folgender Fachplaner erstellt:

*
Dieser Plan hat gem. § 3 (2) BauGB gem. Beschluss des Rates der Stadt Kerpen vom **21.12.2010** in der Zeit vom **20.01.2011** bis **21.02.2011** öffentlich ausgelegen.

Ort und Dauer der Auslegung wurden am **12.01.2011** gem. § 3 (2) BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Kerpen, den **14.06.2011**

.....
Bürgermeisterin

Dieser Plan wurde gem. § 10 (2) des BauGB am ..... zur Genehmigung vorgelegt.

Verletzungen von Rechtsvorschriften werden nicht geltend gemacht. Zu diesem Plan gehört die Verfügung vom .....
AZ .....

Köln, den .....

.....
Bezirksregierung Köln im Auftrag

Bestandteil des Bebauungsplanes sind:

Textliche Festsetzungen

Diesem Bebauungsplan sind eine Begründung und folgende Anlagen zur Begründung beigefügt:

- Landschaftspflegerischer Fachbeitrag
- Schalltechnisches Gutachten v. 03.11.2010
- und Ergänzung v. 15.04.2011
- .....

*
Änderungen bzw. Ergänzungen gem. § 4a (3) Satz 1 BauGB nach der öffentlichen Auslegung erfolgten gem. Beschlussfassung des Rates der Stadt Kerpen vom .....

Kerpen, den .....

.....
Bürgermeisterin

Der Satzungsbeschluss nach § 10 (1) BauGB sowie Ort und Zeit der Einsichtnahme sind gem. § 10 (3) BauGB am **04.06.2011** bekannt gemacht worden.

Kerpen, den **14.06.2011**

.....
Bürgermeisterin

*
Dieser Plan ist gem. § 2 (1) BauGB durch Beschluss des Rates der Stadt Kerpen vom **21.12.2010** aufgestellt worden.

Kerpen, den **14.06.2011**

.....
Bürgermeisterin

Die Einholung von Stellungnahmen der Betroffenen gem. § 4a (3) Satz 4 BauGB zu der (den) Änderung(en) bzw. Ergänzung(en) nach der öffentlichen Auslegung erfolgte vom ..... bis .....

Kerpen, den .....

.....
Bürgermeisterin

Die Erteilung der Genehmigung der Bezirksregierung sowie Ort und Zeit der Einsichtnahme sind gem. § 10 (3) BauGB am ..... bekannt gemacht worden.

Kerpen, den .....

.....
Bürgermeisterin

kerpen

BAULEITPLANUNG

STADT KERPEN

AMT 16.1 "PLANEN, BAUEN, WOHNEN, UMWELTSCHUTZ "

Planzeichen / Festsetzungen

Maß der baulichen Nutzung
gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB

max. Höhe Gebäudehöhe als Höchstmaß (z.B. 10.00 m)

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
gem. § 9 (1) Nr. 2 BauGB

Baugrenze

Flächen für den Gemeinbedarf
gem. § 9 (1) Nr. 5 BauGB

Flächen für den Gemeinbedarf

Schule

Mehrzweckhalle

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Bezugspunkt (BZP - Höhenlage ü. NN)

1. Bauplanungsrechtliche Festsetzungen

1.1 Maß der baulichen Nutzung

Höhe baulicher Anlagen

Gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 (2) Nr. 4 BauNVO wird eine maximale Gebäudehöhe von 10,00 m über Bezugspunkt festgesetzt.

2. Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen
(gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB)

Resultierende Bauschalldämmmaße für die Außenbauteile der Mehrzweckhalle:

2.1 Dachkonstruktion:

Für die Dachkonstruktion der Mehrzweckhalle:

Schalldämm-Maß erf. R`w ? 40 dB

2.2 Außenwände Halle und Foyer/Nebenräume:

Schalldämm-Maß erf. R`w ? 50 dB

2.3 Licht-/Fensterband in der Hallenwestseite:

Für ein Lichtband in der Hallenwestseite wird ein Schalldämm-Maß von R`w ? 25 dB vorgegeben.

2.4 Foyer:

Die Eingangstür zum Foyer besteht aus einer Türanlage in Glaskonstruktion, hierfür wird ein Schalldämm-Maß von ? 25 dB zugrunde gelegt.

2.5 Notausgangstür:

Doppelflügeliges Stahlblechtor mit R`w ? 25 dB

2.6 Lüftungsanlage

Die Durchführung von geräuschintensiven Veranstaltungen innerhalb der Mehrzweckhalle ist nur bei geschlossenen Fenstern und Türen möglich. Zur Sicherstellung eines gesunden Raumklimas bei gleichzeitigem Schallschutz ist somit der Betrieb einer Lüftungsanlage erforderlich, deren Zu-/Abluftgeräusche (auf dem Dach der Nebenräume angenommen) mit LwA ? 80 dB vorgegeben werden.

Stadtteil Blatzheim

Bebauungsplan

BL 270 / 2. Änd.

"Am Lechenicher Weg"

M. 1 : 500 **Stand: 11/2010**